

Zukunft – Jugend – Politik im Diskurs

Linda Kastrup, Daniela Kallinich & Anette Schütze

Die Ringvorlesung »Jugend, Zukunft, Politik«, die im Winter 2022/23 an der TU Braunschweig veranstaltet wurde, war Bestandteil eines Projekts, in welchem die Diskurse zu Zukunfts- und Nachhaltigkeitsvorstellungen von Jugendlichen in den Fokus gestellt wurden. Ziel dieses Projekts war es, Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen angesichts von Technikfolgen und Klimawandel zum Gegenstand wissenschaftlicher Verständigung und Reflexion zu machen und gleichzeitig eine breitere Öffentlichkeit einzubeziehen. Dazu gehörte, die gesellschaftliche und politische Relevanz jugendlicher Zukunftsvorstellungen in den öffentlichen Diskurs einzubinden und sichtbar zu machen. Dies sollte mithilfe dreier Fragerichtungen, die im Zentrum des Projektes standen, gelingen: Erstens stand im Fokus, auf welche Weise Jugendliche ihre Zukunftsvorstellungen in gesellschaftlichen und politischen Diskursen einbringen und welche Arenen, insbesondere mit Blick auf digitale Medien, von ihnen hierfür genutzt werden. Zweitens richtete sich das Augenmerk darauf, wie die Vorstellungen und Interessen von Jugendlichen anerkannt sowie in den öffentlichen und politischen Diskurs Eingang finden können. Drittens wurde danach gefragt, welche pädagogischen und bildungspolitischen Konsequenzen für die Politik der Zukunft unter Berücksichtigung der Jugendlichen in den Debatten Einzug finden müssen. Diese drei Perspektiven wurden durch unterschiedliche Veranstaltungsformate sowie die vorliegende Publikation verhandelt.

Einen öffentlichen Austausch über das Verhältnis von Zukunft, Jugend und Politik bot eine Podiumsdiskussion, die die Ringvorlesung zu »Jugend, Zukunft, Politik« am 02.05.2023 abschloss. Die Diskutantinnen des Podiums kamen aus der Politik, der politischen Bildung, der Stadtarchitektur sowie der Bewegung *Fridays for Future*. Zu Beginn der Diskussionsrunde positionierten sie sich zu folgender Frage: »Wie wird aus Ihrer Sichtweise gegenwärtig das Verhältnis von Jugend, Zukunft und Politik gestaltet, wie sollte es gestaltet werden und welche (gesellschaftlichen) Aufgaben und Verantwortlichkeiten sehen Sie?«

Drei der Statements werden im Folgenden abgebildet. Sie geben einen Einblick in die Perspektive der Bewegung *Fridays for Future*, der Politik sowie der politischen Bildung. Die Autorinnen sind Linda Kastrup, *Fridays For Future*-Aktivistin und Organisatorin sowie Studentin der Erziehungswissenschaft, Daniela Kallinich, Mitar-

beiterin der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, und Annette Schütze, Landtagsabgeordnete und langjährige Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der SPD.

Die drei Diskutantinnen verweisen jeweils auf die Wichtigkeit des aktiven Einbezugs junger Menschen in die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft und betonen die Bedeutung ihres Gesehen- und Gehört-Werdens, welche beispielsweise das Herabsetzen des Wahlalters gewährleistet werden könnte. Gleichwohl zeigen sich Unterschiede in der Art und Weise, wie die gesellschaftliche und politische Teilhabe junge Menschen gedacht und gestaltet sein könnte sowie in der Perspektive der Verantwortungsübernahme für die Zukunft der Menschen und Erde. Diese Diskrepanz vollzieht sich weniger entlang der Frage, wem die Verantwortung für die Zukunft insbesondere mit Blick auf junge Menschen zukommt, sondern vielmehr wer diese aktuell übernimmt; sind es Erwachsene, insbesondere politische Mandatsträger:innen oder die jungen Menschen selbst?

Caroline Gröschner, Kerstin Jergus und Melanie Schmidt

Klimagerechtigkeit ist kein Lippenbekenntnis: Ein Appell der Jugend

Linda Kastrup

Das Bewusstsein für unseren Planeten hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Das ist nur geschehen, weil meine Generation seit 2018 für das Klima auf die Straße geht. *Fridays for Future* gibt es inzwischen seit sechs Jahren und wir haben längst überfällige Veränderungen angestoßen. Millionen von Menschen standen und stehen immer wieder mit uns auf den Straßen. Einer unser Haupterfolge ist es, dass die Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht zu mehr Klimaschutz verpflichtet wurde – eine Pflicht, welcher sie übrigens bis heute nicht adäquat nachgekommen ist. In den letzten Jahrzehnten hat die Mehrheit der Politiker:innen es nicht geschafft, Verantwortung für die Menschen auf der Welt zu übernehmen und die Klimakrise mit der Dringlichkeit zu behandeln, die unbestreitbar nötig wäre. Die Klimakrise wartet nicht. Jährlich entstehen immer mehr Klimakatastrophen und es wird fast unmöglich, stetig alle im Blick zu behalten: Massive Überflutungen auf der ganzen Welt und konträr dazu brennen riesige Flächen auf unserem Planeten ab – die Lage eskaliert weiter. Große Teile der heranwachsenden Generation sind sich bewusst geworden, dass sie die Dinge selbst in die Hand nehmen müssen. Wenn es um das Leben der Menschheit und der kommenden Generationen geht, können wir uns nicht darauf verlassen, dass automatisch genügend Veränderung im politischen System passieren wird, um die Klimakrise bestmöglich zu begrenzen. Wenn Lobby-Veranstaltungen und die eigene Wiederwahl wichtiger sind als das Wohlergehen des Planeten und, unmittelbar damit verbunden: dem Überleben der Menschheit, dann läuft etwas gewaltig schief. Wir haben angefangen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und Druck für Klimagerechtigkeit aufzubauen. Für Parteien ist es aber erheblich lukrativer die Themen der älteren Generationen zu bespielen, da sich dort die meisten Wähler:innen befinden. Wahlkampf für Personen zu machen, die überhaupt nicht wählen können, birgt keine großen Gewinne. Der Fehler steckt im System. Deswegen lautet eine der Forderungen von *Fridays for Future*, dass das Mindestwahlalter auf 16 Jahre abgesenkt wird. Junge Menschen müssen als Wähler:innen adressiert werden, damit sich der Blick der Parteien insbesondere auch auf sie richtet und Politik für junge Menschen gemacht wird. Nicht zuletzt haben wir bei den Landtagswahlen im Osten gesehen, wie fatal die Ergebnisse ausfallen, wenn sich eine Generation im politischen Feld nicht vertreten fühlt. Rechte bis rechtsextreme Parteien, wie z.B. die AfD, gehen in den abgehängten Teilen der Gesellschaft auf Stimmenfang – die Politik für diese Menschen bleibt im Anschluss dennoch aus. Der Glaube an die Demokratie stirbt langsam und damit die Hoffnung auf Klimagerechtigkeit.

Es wäre erstrebenswert, wenn unsere Sorgen und Wünsche gehört werden. Wenn junge Menschen, die sowieso knappe Zeit nicht damit verbringen müssten, bezahlte Mandatsinhaber:innen an die von ihnen selbst getroffenen, völkerrecht-

lich-bindenden Abkommen zu erinnern. Diese sollten die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens selbst auf ihrer Agenda stehen haben. Junge Menschen sollten ihre Wünsche, Träume und Perspektiven in das politische Geschehen einbringen können, anstatt Katastrophenschutz betreiben zu müssen. Zu häufig habe ich selbst erlebt, wie uns Erfahrungen im politischen System abgesprochen werden. Immer wieder ducken sich Politiker:innen vor ihrer Verantwortung weg, schieben diese jeweils anderen politischen Ebenen zu und stellen einen am Ende vor vollendete Tatsachen. Politiker:innen preisen an, dass junge Menschen bei ihnen viel Gehör fänden. Das ist jedoch häufig nicht mehr als ein leeres Lippenbekenntnis. Wie kann es ansonsten noch sein, dass wir mit der Forderung nach mehr Klimagerechtigkeit laut durch das ganze Land ziehen und am Ende dennoch Lützerath abgebaggt wird? Wie kann es sein, dass wir erneut beim Bundesverfassungsgericht eine Klimaklage einreichen müssen, weil die erste Rechtsprechung nicht genug anerkannt wird?

Ein Grund hierfür kann natürlich sein, dass junge Menschen, Tiere und Pflanzen keine riesigen finanziellen Mitteln zur Verfügung haben, um Lobby-Veranstaltungen zu organisieren und bei Snacks und Drinks Entscheidungsträger:innen davon zu überzeugen, dass die Begrenzung der Erderwärmung, der Erhalt unserer Biodiversität und unserer Lebensgrundlage erstrebenswert erscheinen.

Es muss langfristig Vertrauen in unsere demokratischen Strukturen geschaffen werden. Wenn aktuelle Minister:innen in ihren vorhergegangenen Wahlkämpfen laut mit dem Erhalt aller Dörfer im rheinischen Revier geworben haben, um anschließend dieses Wahlkampfversprechen direkt wieder zu brechen und Lützerath abzubauen, dann rüttelt das auch an meinem Vertrauen in politische Institutionen und zeugt davon, dass Klimagerechtigkeit Handarbeit bleibt und es die Menschen auf der Straße immer wieder benötigt.

Ich möchte die Wichtigkeit von politischen Ämtern betonen und mir ist bewusst, was für große und fast unmögliche Aufgaben auf eine Person zukommen, die eine solche Aufgabe in unserer Gesellschaft übernimmt. Ich habe viele Menschen kennenlernt, die Mandate übernehmen, weil sie Wandel in die Wege leiten wollen und denen ich das auch wirklich abnehme. Es sind gesamtgesellschaftlich betrachtet jedoch zu wenige Personen. Mit jeder neuen Wahl wachsen meine Sorgen darüber, dass konservative bis rechte Parteien mit vereinfachten Analysen und Problemlösungen das Feld für sich gewinnen und insbesondere junge Menschen abholen. Um diese Tendenz abzuschwächen, sehe ich es als unabdingbares Mittel für unsere Gesellschaft an Räume für Kinder und Jugendliche zu schaffen, in denen sie gehört werden und Selbstwirksamkeit erleben. Insbesondere die politische Bildung steht hierbei in der Verantwortung. Neue Wege müssen erschlossen werden, um Menschen zu erreichen, die das Vertrauen in die Politik verloren haben. Wenn man sich angelehnt an Bourdieu das politische Feld anschaut, wird schnell deutlich, dass im engen Feld nicht alle Milieus ihre Repräsentation finden können, sondern

dass Politik von wenigen Milieus für wenige Milieus gemacht wird. Aufsuchende Bildungsarbeit kann hierbei eine große Rolle spielen, um Individuen einzubinden, die mit »denen da oben« schon lange abgeschlossen haben.

Die Klimakrise wartet nicht auf uns. Sie wartet nicht darauf, bis Klimagerechtigkeitsaktivist:innen »an der Macht« und in den richtigen Positionen sind. Sie wartet nicht darauf, bis Konzerne wie RWE, VW und Co. verstanden haben, dass es auf einem endlichen Planeten kein endloses Wachstum geben kann. Sie wartet nicht, bis die politische Bildung die Anerkennung und Gelder bekommen hat, die sie braucht, um weitreichend genug arbeiten zu können. Die Verantwortung für die Zukunft aller Menschen kann, darf und sollte nicht bei ehrenamtlich Engagierten liegen, sondern muss von denen übernommen werden, die dafür gewählt wurden, sich für das Leben aller Menschen einzusetzen. Bis das allerdings Realität wird, muss *Fridays for Future* immer wieder für das gute Leben von allen auf den Straßen stehen.

Emanzipatorisch orientierte politische Bildung für zukunftsgegenwärtige Jugendbeteiligung

Daniela Kallinich

Das Verhältnis von Jugend, Zukunft und Politik berührt den Kern politischer Bildung – geht es ihr doch unter anderem um die Vermittlung von Wissen, Kenntnissen und Fähigkeiten, die den Menschen erlauben, Politik und damit ihr direktes Lebensumfeld mit demokratischen Mitteln zu beeinflussen. Dieses Ringen um Ideen, Macht und Freiheit mitzugestalten, sich zu organisieren, eine eigene Meinung zu bilden und diese auch durchzusetzen – dem wohnt etwas ungemein Zukunftsgegenwärtiges inne. Gerade der Jugend geht es beim politischen Engagement nicht nur um die Verwaltung eines Status quo, sondern um die Gestaltung eines besseren Morgens – im Kleinen wie im Großen. Im Folgenden sollen einige für die politische Bildung relevante Beobachtungen geteilt werden, um anschließend deren Bedeutung für Akteur:innen der politischen Bildung zu ergründen.

1. Beobachtung: Klima-Proteste und Adulthood

Ganz konkret ließ sich der zukunftsorientierte Blick politischen Handelns in den vergangenen Jahren am Beispiel der Klimaproteste durch die *Fridays for Future*-Bewegung beobachten: Kinder und Jugendliche setzen sich in diesem Rahmen dafür ein, für sich und nachfolgende Generationen die Chance auf eine lebenswerte Zukunft zu bewahren (vgl. Stapf, o.D.). Umso erstaunlicher mutete dabei die Reaktion vieler Erwachsener und auch etablierter Politiker:innen an, die den Demonstrationen und später auch radikaleren Protestformen wie der Letzten Generation ihre Legitimität absprachen, ja sie zum Teil sogar verspotteten (vgl. z.B. Auer et al., 2019)¹.

So wurde und wird der Kampf gegen den Klimawandel auch in der öffentlichen Darstellung zum Teil zu einem Generationenkonflikt stilisiert und ist damit exemplarisch für ein Phänomen, das häufig zu beobachten ist, wenn sich junge (noch nicht wahlberechtigte) Menschen in politische Prozesse einbringen: Adulthood. Dieser Konflikt resultiert unter anderem aus einer »generationalen Ordnung [...], die Kindern weniger Macht zuschreibt und vorrangig Schutzansprüche für Kinder sichert« (Stapf, o.D.). Ihnen werde »viel zu häufig unterstellt, dass sie sich auf einer Vorstufe politischer Mündigkeit befinden würden, die eine eigenständige Positionierung in der Welt verunmögliche« (Kenner, 2023). Der Konflikt ist aber auch Ergebnis eines politischen Kalküls, bei dem manche Politiker:innen den Nutzen zwar nachhaltig wirksamer (klimafreundlicher), jedoch vermutlich unpopulärer Maßnahmen kurzfristigen Wahlerfolgen unterordnen (vgl. z.B. Andres,

1 Vgl. z.B. auch die Aussage von Christian Lindner, dem zufolge »Klimawandel« eine Sache für Profis« sei (zit.n. Goldenbaum & Thompson, 2020, S. 195)

2022, S. 28–33). Diese Muster sind umso erstaunlicher, da doch einige Akteur:innen im selben Atemzug die scheinbar a- oder unpolitische Haltung »der Jugend« kritisieren.

2. Beobachtung: Politische Resignation trotz hohen Vertrauens

Dabei erscheinen viele Anliegen der Jugend alles andere als überzogen: *Fridays for Future* (FFF) fordert nicht etwa Utopisches, sondern ist mit dem Ziel unterwegs, verabschiedete internationale Vereinbarungen wie das Pariser Klimaschutzabkommen in die Tat umzusetzen. Dass die Aktivist:innen mit diesen Forderungen gegen Wände anzurennen scheinen, könnte ein weiterer Baustein für die Erklärung des Vertrauensverlusts vieler junger Menschen in das politische System sein (vgl. z.B. Görtz & Langness, 2024). Verstärkt wurde diese Erfahrung des Nicht-Gehört-Werdens in den letzten Jahren von einer Politik, die während der Coronapandemie »der Jugend« zwar vieles abverlangte, jedoch wenig zurückgab. Wurde von den Jugendlichen beispiellose Solidarität erwartet und auch praktiziert, scheinen umgekehrt ihre Rufe nach einem solidarischen Verhalten der älteren (und wahlbestimmenden) Kohorten gerade im Bereich der Klimapolitik ungehört zu verhallen. Dass angesichts solcher Frustrationserfahrungen eine wachsende Politikverdrossenheit und zunehmende Skepsis gegenüber der Demokratie sowie ein Rückzug aus politischen Prozessen resultiert, überrascht kaum.²

Das ist umso bedauerlicher, betrachtet man die Entwicklung des politischen Interesses und Engagements bei Jugendlichen in den letzten zwanzig Jahren: Bis in die frühen 2000er Jahre diagnostizierten einschlägige Jugendstudien ein noch eher geringes Interesse an Politik (vgl. z.B. Albert et al., 2020). Seitdem, so zeigt die Forschung, wächst (oder zumindest stagniert) sowohl politisches Interesse als auch Engagement, gleichzeitig aber nimmt die Kritik am Funktionieren von Demokratie und Parlamentarismus zu (vgl. Görtz & Langness, 2024). Insbesondere auf die eigene Generation bezogen, empfinden sich Jugendliche als machtlos, fühlen sich zu wenig gehört und haben die Hoffnung auf eine »bessere Zukunft« verloren (vgl. Vogel, 2022). Dabei gab es seit Jahrzehnten keine junge Generation mehr, die so politisiert war – und so unzufrieden (vgl. ebd.; Kenner, 2023). Es scheint, als gäbe es einen großen Gestaltungswillen, der sich an der Realität bricht. Der Vertrauensvorschuss, den Demokratie, Institutionen und nicht zuletzt die etablierten Parteien im europäischen und intergenerationellen Vergleich (noch) genießen, droht aufge-

2 Einen Überblick über verschiedene Studien zu den Auswirkungen der Coronapandemie und den mit ihr verbundenen Maßnahmen auf die Jugend findet sich hier: <https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/laufende-projekte/juco-und-kico/>

braucht zu werden, wie es 2024 auch die Wahlergebnisse bei Europa- und ostdeutschen Landtagswahlen gezeigt haben (vgl. Görtz & Langness, 2024; Kenner, 2023).

3. Beobachtung: Politische Beteiligung und Wirksamkeit sind ungleich verteilt – analog und digital

Die wissenschaftliche Lage zu Protest und demokratischem Engagement ist eindeutig: Menschen, die überdurchschnittlich mit Ressourcen ausgestattet sind, allen voran gut und sehr gut Gebildete, sind politisch aktiver als Menschen mit weniger Kapital. Dies trifft auch auf FFF zu, wofür Studien ergeben haben, dass die Protestierenden weitestgehend gut gebildet bzw. auf dem Weg dorthin sind (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung, 2019). Dabei fällt auf, dass viele der Mitglieder aus sehr gut gebildeten Haushalten kommen, häufig großstädtisch sind und einen »hippen«, urbanen Lebensstil, geprägt von kosmopolitischen Werten haben. Auszubildende oder junge Arbeiter:innen ohne Abitur oder (angestrebten) (Fach-)Hochschulabschluss findet man indes kaum. Hinzu kommt, dass Studien zufolge nicht einmal ein Fünftel der Protestierenden einen Migrationshintergrund haben (wobei dies auf etwa ein Drittel der jungen Menschen in Deutschland zutrifft; vgl. Sommer et al., 2019).

Dies ist ein Hinweis darauf, dass Versuche, Demokratie zu gestalten und politische Entscheidungen – und damit letztlich die Zukunft – zu beeinflussen, bereits im Jugendbereich einem Bias unterliegen können: dass die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen, die häufig Minderheiten angehören und über wenige Privilegien verfügen, möglicherweise keinen oder kaum Niederschlag in Protesten und politischer Beteiligung finden.

Verstärkt wird dieser Beteiligungs-Gap noch von einem *digital gap* Denn auch die Nutzung digitaler (Beteiligungs-)Tools und allgemein digitaler Medien erfolgt nicht durch alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen: Der soziale Status, die Ausstattung mit Ressourcen, aber auch das Geschlecht wirken sich auf die Möglichkeiten und Arten, digitale Tools für sich zu nutzen, aus.³ Aus einer Perspektive, die sich wünscht, dass in einer Demokratie alle Stimmen zu Wort kommen und gehört werden sollten, erscheint dies durchaus problematisch. Denn (digitale) Medien spielen im gesamten Meinungsbildungsprozess (auch bei auf den ersten Blick »analogen« Bewegungen wie FFF) eine entscheidende Rolle: Sie beeinflussen die Meinungsbildung, dienen zur Information und Recherche und stellen letztlich auch einen wichtigen Kanal der politischen Beteiligung sowie Interessensartikulation dar. Digitale Beteiligungswege ergänzen analoge Formate, unterstützen bei Vernetzung, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit – in manchen Fällen stellen sie sogar den Hauptkanal politischen Engagements dar.

3 Weitere Informationen zum Thema unter: <https://www.politische-medienkompetenz.de/unsere-schwerpunkte/digital-divide/>

Ein weiterer hier relevanter Aspekt betrifft die Wirkmächtigkeit gewählter Engagement- und Protestformen: In der öffentlichen Wahrnehmung und politischen Verwaltungspraxis wird digitalem Protest nach wie vor weniger Bedeutung beigemessen als analogem. Da junge Menschen jedoch eine besondere Affinität für diese Technologien haben, werden sie hier erneut weniger ernst genommen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2020).

4. Was bedeutet dies für politische Bildung?

Für die politische Bildung resultieren aus diesen drei Beobachtungen mehrere Handlungsstränge, welche die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (LpB) in ihrer konkreten Bildungsarbeit umzusetzen und aufzugreifen versucht. Grundsätzlich steht dahinter das Leitmotiv der LpB: »Demokratie beginnt mit Dir«. Wer dieses ernst nimmt, nimmt eine emanzipatorische und beteiligungsorientierte Position ein. Auch ist eine machtkritische Herangehensweise an Bildungsarbeit und politische Prozesse erforderlich. Wichtig erscheint dabei, fokussiert auf junge Menschen, deren Erfahrungen und Lebenswelten ernst zu nehmen und die eigene Position als Erwachsene:r zu reflektieren.

Bedeutsam erscheint zunächst die Frage nach den Ursachen politischer Demobilisierung und Frustration bei Jugendlichen – und in der Folge die Frage nach den Möglichkeiten, die politische Bildung mit einer emanzipatorischen Perspektive hat. Zum einen geht es um Herausforderungen, zum Beispiel politisch interessierte und engagierte Jugendliche mit ihren Frustrationserfahrungen nicht alleinzu lassen; zum anderen darum, wie sich junge Menschen befähigen, ermutigen und stärken lassen, um ihre Themen mit ihren Methoden im politischen Raum platzieren und Wirksamkeit erlangen zu können. Daran schließt sich direkt die Frage an, wie sich politische Beteiligung aller Jugendlichen erreichen lässt.

Ein von der LpB Niedersachsen gewählter Ansatzpunkt ist die Qualifizierung und Sensibilisierung von Fachkräften: Um Adultismus vorzubeugen, aber auch um nicht immer die gleichen Zielgruppen zu erreichen und um mit der Lebenswelt der Jugendlichen (die digital und analog längst nicht mehr unterscheidet) Schritt zu halten, benötigen Fachkräfte Weiterbildung und Möglichkeiten zur Reflexion. Politische Bildung und Beteiligung, die digitale Medien sinnvoll einsetzen, sind jedoch (noch immer) keine Selbstverständlichkeit. Noch seltener erscheint ein diversitätssensibler und diskriminierungskritischer Blick von Fachkräften auf die eigene Bildungs- und Beteiligungspraxis. Entsprechend setzt die LpB in ihren Angeboten unter anderem darauf, Fachkräfte für digitale, diversitätssensible Beteiligungsprozesse fit zu machen. Dazu zählt auch, anzuerkennen, dass junge Menschen anders sprechen und ihnen andere Themen wichtig sind, als Fachkräfte der politischen Bildung und Jugendarbeit dies mitunter erwarten. Der Mut, das »unsichtbare Politikprogramm« (Kohl & Seibring, 2012) aller jungen Menschen zu erforschen und dann

für die Bildung- und Beteiligungspraxis mit adäquaten, zielgruppengerechten Formaten und Methoden fruchtbar zu machen, kann ein Schlüssel sein, um die Entfremdung junger Menschen von Demokratie aufzuhalten. Ergänzt um Selbstwirksamkeitserfahrungen oder Unterstützung beim Frustrationsmanagement bzw. bei einer Einordnung potenzieller Misserfolge im demokratischen Prozess, kann dies dazu beitragen, Jugendliche in der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu unterstützen.

Ein wesentlicher Aspekt dabei ist der Umgang mit der Digitalisierung in politischen Prozessen und die Reflexion der Auswirkung von Digitalität auf Demokratie. Um in einer von Digitalisierung geprägten Gesellschaft politisch handlungsfähig zu sein, sich aktiv einzubringen (oder auch sich bewusst dagegen zu entscheiden), bedarf es politischer Medienkompetenz. Diese hat für junge Menschen – neben der praktischen Anwendung – zwei wichtige Dimensionen: erstens ein Bewusstsein, dass Internet und Digitalisierung gestaltbar sind; und zweitens, dass Digitalisierung alle Facetten politischer Prozesse beeinflusst. Von der Meinungsbildung, Informationsverbreitung und -nutzung bis zu den Möglichkeiten, Verbündete zu suchen und zu finden sowie eigene Interessen zu vertreten: Überall spielen digitale Medien eine Rolle. Insbesondere das Erkennen von Desinformation und der rasante Wandel durch Künstliche Intelligenz gehören in jedes Curriculum politischer Bildung – und vorab in die Schulung der entsprechenden Fach- und Lehrkräfte. Auch hier gehört es dazu, die eigene Haltung in Bildungsprozessen zu reflektieren und sich darauf einzulassen, dass es möglicherweise einen technischen Wissensvorsprung bei den jungen Teilnehmenden gibt, und diesen für neue Lehr-Lern-Settings zu nutzen.

5. Fazit

Kinder und Jugendliche darin zu unterstützen, (macht-)kritisch auf bestehende Verhältnisse zu blicken und mit modernen (digitalen) Mitteln die Welt zu verändern, stellt eine Seite einer zukunftsgerichteten, emanzipatorisch orientierten politischen Bildungsarbeit dar. Auf der anderen Seite kann politische Bildung auch dazu beitragen, Frustrationserfahrungen aus eigenen (gescheiterten) Beteiligungsprozessen einzuordnen und zu reflektieren und den hohen Gestaltungswillen, das Engagement und die Motivation vieler junger Menschen, Demokratie und Gesellschaft zu gestalten, durch positive politische Bildungserfahrungen in eine ebenso positive Grundhaltung gegenüber demokratischen Prozessen (zurück) zu führen. Jugendliche, ihre Themen, Ansätze und Perspektiven ernst zu nehmen, stellt dabei wohl die größte Herausforderung für alle Beteiligten dar.

Literatur

- Albert, M., Linssen, R. & Hurrelmann, K. Jugend und Politik. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Aus Politik und Zeitgeschichte – APuZ. Abgerufen am 25. März 2024, von <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/27691/jugend-und-politik/>
- Andres, L., Fabel, M., Flückiger, M., Ludwig, M., Rainer, H., Waldinger, M. & Wichert, S. (2022). Trägt die Fridays-for-Future-Bewegung zum politischen Klimawandel bei?: Big Data Economics mit Hilfe von Mobilfunk-, Schulstreik-, (Social-)Media-, Wetter- und Fußballdaten. *ifo Schnelldienst*, 75(5), 28–33. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2022-05-andres-et-al-fridays-for-future.pdf>
- Auer, K., Schneider, J., Roßmann, R., Brössler, D., Szymanski, M. & Bullion, C. von (23. April 2019). Fridays for Future: Wie die deutschen Parteien zu den Klimademonstrationen stehen. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen am 25. März 2024, von <https://www.sueddeutsche.de/politik/fridays-for-future-parteien-position-spd-cdu-afd-gruene-linke-csu-fdp-1.4417558>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2020). Dritter Engagementbericht: Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter. Abgerufen am 25. März 2024, von <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/156652/164912b832c17bb6895a31d5b574ae1d/dritter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Aus Politik und Zeitgeschichte – APuZ. https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/?field_filter_thema=all&field_date_content=all&d=1
- Goldenbaum, M. & Thompson, C. S. (2020). Fridays for Future im Spiegel der Medienöffentlichkeit. In S. Haunss & M. Sommer (Hg.). *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung* (S. 181–205). transcript-Verlag.
- Görtz, R. von & Langness, A. (2024). Jung. Kritisch. Demokratisch: Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit. Bertelsmann Stiftung. Abgerufen am 25. März 2024, von <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/jung-kritisch-demokratisch>
- Haunss, S. & Sommer, M. (Hg.). (2020). *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung*. transcript-Verlag.
- Heinrich-Böll-Stiftung. (2019). Ein Jahr Fridays For Future – Erste umfassende Studie veröffentlicht. Abgerufen am 25. März 2024, von <https://www.boell.de/de/2019/08/19/ein-jahr-fridays-future-erste-umfassende-studie-veroeffentlicht>
- Kenner, S. (6. Dezember 2023). Emanzipatorisch, kritisch und partizipativ – Politische Bildung in Zeiten der multiplen Krisen. *Ufuq e. V.* Abgerufen am 25. März 2024, von <https://www.ufuq.de/aktuelles/politische-bildung-in-zeiten-der-multiplen-krise/>

- Kohl, W. & Seibring, A. (Hg.). (2012). »Unsichtbares« Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von »bildungsfernen« Jugendlichen. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/139102/unsichtbares-politikprogramm>
- Politische Medienkompetenz; Der Paritätische Gesamtverband. Digital Divide: Bedeutung für die politische Medienkompetenz. Abgerufen am 25. März 2024, von <https://www.politische-medienkompetenz.de/unsere-schwerpunkte/digital-divide/>
- Sommer, M., Rucht, D., Haunss, S. & Zajak, S. (2019). Fridays for Future: Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland. ipb working paper series(2). Abgerufen am 25. März 2024, von https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2022/08/ipb-wp-2019.2_Fridays-for-Future.pdf
- Stapf, I. (o.D.). Das Recht von Kindern auf eine offene Zukunft. Abgerufen am 25. März 2024, von <https://dossier.kinderrechte.de/offene-zukunft>
- Universität Hildesheim; Institut für Sozial- und Organisationspädagogik. JuCo und KiCo: Befragungen von jungen Menschen und Eltern während der Corona Pandemie. Abgerufen am 25. März 2024, von <https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/laufende-projekte/juco-und-kico/>
- Vogel, T. (2022). Jugendstudie: 86 Prozent der jungen Menschen in Deutschland machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Abgerufen am 25. März 2024, von <https://www.vodafone-stiftung.de/jugendstudie-2022/>

Jugendbeteiligung stärkt die Demokratie – Handlungsansätze auf kommunaler, landes- und bundesstaatlicher Ebene

Annette Schütze

Junge Menschen für Politik zu interessieren und zu begeistern, gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Demokratie. Wie keine andere Staatsform, ist die Demokratie auf die Partizipation und den Gestaltungswillen ihrer Bürger:innen angewiesen. Damit diese Legitimationsgrundlage weiterhin Bestand hat, müssen nachfolgende Generationen kontinuierlich an demokratische Prozesse herangeführt werden. Nachfolgend will ich in meiner Funktion als Landes- und Kommunalpolitikerin einige der Handlungsansätze auf kommunaler, landes- und bundesstaatlicher Ebene skizzieren, mit denen die Jugendbeteiligung gefördert und Räume der politischen Auseinandersetzung geöffnet werden sollen.

In den vergangenen Jahrzehnten drehte sich der öffentliche Diskurs insbesondere um die Politikverdrossenheit der jeweiligen jungen Generation. Befeuert wurden diese auch stark medial begleiteten Debatten durch den deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung der Alterskohorten der unter 21- bis 30-jährigen seit den 80er Jahren (Bundeszentrale für politische Bildung [bpb], 2014). Mit der ab 2018 verstärkt in Erscheinung tretenden Jugendbewegung *Fridays for Future* zeichnet sich eine Trendwende ab. Als Teil der globalen Klimabewegung beteiligten sich auch in Deutschland viele Schüler:innen und Studierende an den Klimastreiks und verschafften sich mit ihren Forderungen politisches Gehör. Für viele von ihnen wirkten die Klimaproteste als Katalysator ihrer politischen Partizipationsbestrebungen. Bei den Bundestagswahlen 2021 stieg die Wahlbeteiligung in der Gruppe der unter 30-Jährigen mit 71,5 Prozent deutlich an (Friedrich-Ebert-Stiftung, o.D., S. 10–13).

Neben Wahlen bieten Mitgliedschaften in Parteien, aber auch beispielsweise Bürgerinitiativen oder Vereinen, sowie das Petitions- und Demonstrationsrecht Möglichkeiten der politischen Meinungsbildung und -äußerung. Von diesen verschiedenen Formen politischer Partizipation fühlen junge Menschen sich in unterschiedlichem Maße angesprochen. Im Zuge der Digitalisierung erweitert sich der politische Diskurs zunehmend auch in den digitalen Raum. Soziale Medien, wie Instagram und TikTok, spielen für Kinder und junge Erwachsene auch im Kontext der politischen Meinungsbildung eine herausragende Rolle. Online-Aktivismus ergänzt das Repertoire der politischen Beteiligung. Während der niedrigschwellige Zugang über die Sozialen Medien den Einstieg für junge Menschen in politische Themen erleichtert, stellen algorithmische Verzerrungen und *Fake News* aber auch Gefahren für den demokratischen Diskurs dar.

Einer der wichtigsten Schlüssel, um Kinder und Jugendliche nachhaltig an demokratische Prozesse heranzuführen, ist, meiner Überzeugung nach, das Erleben von (politischer) Selbstwirksamkeit. Mit altersgerechten Formaten können Kinder bereits früh Einfluss auf die Gestaltung ihres Nahraums nehmen. Ein gutes Bei-

spiel dafür sind Beteiligungsformate bei der Neugestaltung von Spielplätzen, die in Braunschweig regelmäßig durchgeführt werden⁴. Kinder können hier ihre eigenen Ideen und Bedürfnisse einbringen und profitieren direkt von deren Umsetzung. Auch die Wahlen von Klassen- und Schüler:innenvertretungen helfen dabei, die Regularien der parlamentarischen Demokratie für Kinder greifbar zu machen.

Kinder und Jugendliche sind jedoch keine homogene Gruppe. Wie in jedem anderen Teil der Bevölkerung bilden auch sie ein breites Spektrum von Meinungen, Bedürfnissen und Lebensentwürfen ab. Zugleich haben Heranwachsende ihre eigenen spezifischen Themen und Standpunkte im Diskurs. Damit ihre Perspektiven nicht nur mittelbar über ihre Eltern und andere Erwachsene aufgegriffen werden, müssen Kinder und Jugendliche selbst beteiligt und angehört werden. Über den Stadtschüler:innenrat und die seit 2011 alle zwei Jahre stattfindende Jugendkonferenz können Jugendliche in Braunschweig ihre Ideen und Anliegen in die Stadtgemeinschaft einbringen. Um die Jugendbeteiligung zu stärken und zu verstetigen hat der Rat der Stadt Braunschweig im Mai 2023 die Gründung eines Jugendparlamentes (JuPa) sowie die Einrichtung eines Jugendbüros beschlossen. Im Vorfeld hatten Jugendliche sich in drei Beteiligungsworkshops für diese Lösung ausgesprochen. Mit einem eigenen Jahresbudget in Höhe von 25.000 Euro wird das JuPa eigene Projekte umsetzen können. Das Jugendbüro soll die Jugendlichen bei der Umsetzung beraten und organisatorisch unterstützen.⁵ Vom 26.2. bis 8.3.2024 konnten rund 19.000 Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren ihre Stimme abgeben. 180 Kandidierende hatten sich um einen der 19 Plätze des Jugendparlamentes beworben (Stadt Braunschweig, o.D.). Zu den ersten Aufgaben des neugeschaffenen Gremiums gehört die eigenständige Ausarbeitung der Satzung, nach der das JuPa künftig arbeiten wird.

Auch auf Bundesebene wird an einer stärkeren Einbeziehung der jungen Generation gearbeitet. Mit dem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einen Dialogprozess gestartet, der noch bis 2025 läuft.⁶ Zu den begleitenden Maßnahmen gehören unter anderem der Aufbau eines »Bundeskompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung«, die Förderung von Kinder- und Jugendparlamenten sowie die Entwicklung von Formaten zur jugendgerechten Kommunikation. Die Ergebnisse des Dialogprozesses gehen in die Weiterentwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung⁷ ein.

4 Vgl. <https://www.braunschweig.de/leben/soziales/jugendfoerderung/spielplatzangelegenheiten.php>; https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/nachrichten/ueberseecontainer-inselwallpark.php

5 Nähere Informationen unter: <https://www.braunschweig.de/leben/soziales/jugendfoerderung/jugendbuero.php>

6 <https://jugendstrategie.de/nap/>

7 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019) »In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend – Die Jugendstrategie der Bundesregierung« Ab-

Ein weiterer Aspekt der Jugendbeteiligung ist die Absenkung des Wahlalters. Die niedersächsische rot-grüne Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode darauf verständigt, dass Wahlalter für die Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken (SPD-Landesverband Niedersachsen & Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Niedersachsen, o.D.). Ein entsprechender Antrag wurde bereits im Jahre 2016 auf den Weg gebracht (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, 2016). Um dieses Vorhaben umzusetzen ist jedoch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag notwendig. Bisher (Stand Juni 2024) konnten die Oppositionsparteien nicht für eine solche Gesetzänderung gewonnen werden. Anders im Fall der Europawahlen, bei denen im Jahre 2024 erstmals Jugendliche ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben können. Durch die demographische Bevölkerungsentwicklung ist ein Ungleichgewicht zwischen den Generationen entstanden, dass durch die Absenkung des Wahlalters gemildert werden könnte. Während zwischen den 1970er und den 1990er Jahren noch ungefähr ein Fünftel der Wahlberechtigten unter 30 Jahre alt war, ist ihr Anteil heute auf knapp ein Siebtel gesunken (Friedrich-Ebert-Stiftung, o.D., S. 9). Dadurch ist der Einfluss der geburtenstarken Jahrgänge, insbesondere der sogenannten Babyboomer, auf die Politik deutlich erhöht. Um die Themen und Perspektiven der jungen Generation im politischen Diskurs zu stärken, ist die Absenkung des Wahlalters daher ein probates Mittel.

Meiner Ansicht nach ist die Jugendbeteiligung auf allen politischen Ebenen und in den ausgeführten Formen eines der wichtigsten Mittel, um die Demokratie zu stärken. Nur wenn es uns gelingt, die kommenden Generationen effektiv einzubinden, können wir das Vertrauen in demokratische Prozesse erhalten.

Literatur

- Bundeszentrale für politische Bildung (2014). 11 Wahlbeteiligung nach Alter seit 1953. Abgerufen am 10. Dezember 2024, von https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/11%20Wahlbeteiligung%20nach%20Alter%20seit%201953.pdf
- Friedrich-Ebert-Stiftung (o.D.). (NACH-)Wahlanalyse: Wie haben junge Deutsche 2021 bei der Bundestagswahl gewählt? Abgerufen am 10. Dezember 2024, von <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/19475.pdf> S. 10–13.
- Stadt Braunschweig. (o.D.). Jugendparlamentswahlen. Abgerufen am 10. Dezember 2024, von https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/politik/wahlen/jupa/index.php
- SPD-Landesverband Niedersachsen & Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Niedersachsen (Hg.) (o.D.). Sicher in Zeiten des Wandels. Abgerufen 10. Dezember

gerufen am 10. Dezember 2024, von <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-146332>

ber 2024, von https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2022/12/SPD_NDS_LTW_Koalitionsvertrag_2022_2027_Web.pdf

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (2016). Jugend an der Demokratie beteiligen – Wahlrecht ab 16 Jahren auch bei Landtagswahlen. Abgerufen 10. Dezember 2024, von <https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/jugend-an-der-demokratie-beteiligen--wahlrecht-ab-16-jahren-auch-bei-landtagswahlen-144346.html>